

Stellungnahme der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsentwurf 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tralmer, Herr Erster Bürgermeister Hollauer, Herr Finanzbürgermeister Mall, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine Damen und Herren,

Krisenmodus - „Das Wort spiegelt die Realität wider, und die Realität ist derzeit ziemlich düster. Der Ausnahmezustand ist zum Dauerzustand geworden.“ So begründete die Geschäftsführerin der Gesellschaft für deutsche Sprache die Auswahl des Begriffs „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres 2023.

Wenn ein Ausnahmezustand zum Dauerzustand wird, wenn Unsicherheit und Ohnmacht den Alltag beherrschen, überschatten diese Eindrücke auch die Debatten um den Haushalt 2024 der Stadt Albstadt. Nach wie vor prägen die Folgen der Coronapandemie, des Klimawandels und der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten nicht nur unseren persönlichen Alltag. Ihre wirtschaftlichen Auswirkungen stellen uns vor so große Herausforderungen, dass wir bei der Erstellung des kommunalen Haushalts 2024 um eine bestmögliche Kompromisslösung ringen müssen und die Verwaltung die Verabschiedung erstmals auf den Jahresbeginn verschoben hat.

Bereits in der Klausurtagung im Juli vergangenen Jahres hat die Verwaltung unter dem Titel „Albstädter Investitionsstrategie 2040“ ihre Leitlinien zur strategischen Finanzplanung erläutert. Bei der Vorstellung der finanzpolitischen Ziele, zu denen ein ausgeglichener Ergebnishaushalt, Schuldenbegrenzung auf das absolut Notwendige und die Erwirtschaftung eines Mindestzahlungsmittelüberschusses zählen, wurde das „Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit“ als übergeordnetes Ziel aufgeführt.

Schon bei der Verabschiedung des Haushalts 2023 wurde deutlich, dass die steigende Inflation, die hohen Energiepreise, höhere Tarifabschlüsse, sinkende Steuereinnahmen und horrend gestiegene Baukosten große finanzielle Herausforderungen für Bund, Land und Kommunen mit sich bringen. Im Juni vergangenen Jahres hat der Gemeinderat mit einer Haushaltssperre auf die Liquiditätsprobleme reagiert. Im Oktober kam mit dem Krieg im Nahen Osten ein weiterer Konfliktherd hinzu. Die Angriffe auf Handelsschiffe im Roten Meer werden zu wirtschaftlichen Folgen führen, deren Umfang noch gar nicht absehbar ist.

Sie, Herr Oberbürgermeister Tralmer, haben in Ihren Ausführungen zum vorliegenden Haushaltsentwurf deutlich gemacht, dass die übergeordneten Ziele für Sie ein genehmigungsfähiger Haushalt und Schuldenbegrenzung seien, dass daher gespart werde - Zitat: "...bis es kracht... ". Die Fraktionen wurden aufgerufen, Einsparmöglichkeiten zu benennen.

Der Ernst der Lage ist bei allen Entscheidungsträgern angekommen, und vermutlich auch die Erkenntnis, dass wir neue Strategien brauchen, um unsere Stadt generationengerecht weiterzuentwickeln.

Mit dem übergeordneten Ziel, Albstadt unter Berücksichtigung intergenerativer Gerechtigkeit zukunftsfähig auszurichten ist auch das Positionspapier zur strategischen Finanzplanung der Freien Wähler Albstadt überschrieben. Dabei soll der Ausbau wesentlicher Standortfaktoren als Leitlinie gelten, die für Bürgerinnen und Bürger sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber insbesondere bei der Fachkräftebindung und -gewinnung maßgeblich sind. Für uns Freie Wähler bedeutet das in Umsetzung und Priorisierung, dass wir nach wie vor den

Schwerpunkt Bildung und Betreuung noch längst nicht abgearbeitet haben. Kitaplätze und Schulen sind wesentliche Standortfaktoren und haben Vorrang bei Planung und Ausbau.

Zeitnah sollte geprüft werden, wo kurzfristig und kostengünstig bereits vorhandene Räumlichkeiten für die Schaffung von Kitaplätzen genutzt werden können – das Beispiel Pfeffingen haben wir schon mehrfach aufgeführt.

Einsparpotential sehen wir vor allem mittel- und langfristig, indem Synergieeffekte durch Planung von Bildungszentren erzielt werden. Beispiele sind die zukünftige Kita in Onstmettingen neben der Grundschule und das Schulzentrum Hohenberg und Realschule in Ebingen. Auf dem Platz der Festhalle dort sehen wir mit dem Neubau der Sporthalle auch die Möglichkeit, neben der für den Ganztagesbetrieb notwendigen Mensa und Arbeits- und Aufenthaltsräumen auch bildungsnahe Einrichtungen wie Mediathek, Musik- und Kunstschule und Volkshochschule unterzubringen. So wäre eine deutliche Reduzierung unserer Infrastruktur ohne Qualitätsverlust möglich. Durch die Vernetzung kann auch im Personalbereich eingespart werden, beispielsweise beim Gebäudemanagement, beim Betreuungspersonal und im Sekretariatsbereich. Dass diese Clusterbildung zunächst hohe Investitionen erfordert, ist uns bewusst. Sie wurde uns jedoch von der Verwaltung in der zweiten Klausurtagung im Rahmen der „Albstädter Investitionsstrategie 2040“ als Antwort auf das zu bewältigende Investitionsvolumen vorgestellt.

Die durch die Errichtung eines Bildungszentrums in Ebingen freiwerdenden Gebäude könnten verkauft oder vermietet werden und dadurch ein Teil der Investitionssumme refinanziert werden. Dasselbe gilt für die zentrale Kita in Onstmettingen.

Den von der Verwaltung angestrebten strikten Sparkurs lehnen wir Freie Wähler angesichts der anstehenden Pflichtaufgaben daher ab. Die von allen Seiten geforderte strategische Wende werden wir ohne Investitionen nicht schaffen. Wir werden weiterhin nur reagieren statt agieren, weiterhin Unsummen in den Erhalt einer teuren, ökologisch desaströsen Infrastruktur stecken, teure Provisorien ertüchtigen und versteckte Schulden anhäufen. Die Zeche zahlen – auch ökologisch- die kommenden Generationen.

Die Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben hat für unsere Fraktion Vorrang vor der Einhaltung des angestrebten Schuldendeckels. Das gilt bei der Planung der Ganztagesbetreuung, der Realschule in Tailfingen, der Sporthalle zwischen Real- und Hohenbergschule in Ebingen und der Kita in Onstmettingen.

Wir begrüßen, dass eine Standardüberprüfung und Folgekostenberechnung bei zukünftigen Bauvorhaben zugesagt wurden. Als einzige Fraktion haben wir den überhöhten Standard beim Umbau des Schulzentrums Lammerberg kritisiert, und zwar schon früh- und rechtzeitig. Den Vorschlag der Verwaltung und die Entscheidung des Gemeinderats, auf den Bau der Sporthalle am Lammerberg zu verzichten, halten wir Freie Wähler für eine der katastrophalsten Entscheidungen, die dieses Gremium je getroffen hat. Eine Entscheidung, die auch in finanziell besseren Zeiten nicht zu revidieren sein wird, weil die Halle so an diesem Platz nicht mehr gebaut werden kann und auf alle Fälle mit enormen Mehrkosten verbunden sein wird. Ein Schulzentrum ohne Sporthalle zu errichten ist angesichts des weiteren Ausbaus der Ganztagesbetreuung und der Bedeutung von Schulsport unverantwortlich und sucht seinesgleichen. Auch für den Vereinssport werden die Auswirkungen spürbar werden. Wir Freie Wähler werden genau darauf achten, wie hoch die zusätzlichen Umplanungs-, Gestaltungs- und Fahrkosten sind, die durch den Wegfall der Sporthalle entstehen werden.

Neben Bildung und Betreuung sehen wir einen zweiten Schwerpunkt bei der **Weiterentwicklung der Lebens- und Aufenthaltsqualität** in unserer Stadt. Die Nutzung von Leerständen für die Schaffung von Wohnraum zeigt in Tailfingen, wie dadurch die Belebung der Innenstadt gelingen kann. Die Entwicklung der Schmiecha als „Grünes Band“ durch den Talgang sollte weiterverfolgt werden. Gleichzeitig sollten in allen Ortsteilen mögliche Bauplätze erschlossen werden, so im Ortsteil Margrethausen und Auf Stocken in Onstmettingen. Wir sind gespannt auf die Weiterentwicklung der Ebinger City im Zuge des ZIZ-Programms.

Priorität hat für uns Freie Wähler auch das Ziel der **Klimaneutralität**. Die Reduzierung der Infrastruktur verringert Folgekosten und CO₂-Ausstoß. Räumlichkeiten und Strukturen sollen effektiver genutzt und Kooperationen ausgebaut werden, z.B. bei der Nutzung der Mensa im Schulzentrum Lammerberg, beim Betriebshof und im Forst. Ganz wesentlich wird die anstehende Entscheidung über die Talgangbahn und die Elektrifizierung der Zollernbahn sein.

Neben diesen drei Schwerpunkten haben wir in unserem Positionspapier weitere Vorschläge für kurz- und mittelfristige Einsparmöglichkeiten aufgeführt. Dazu zählen die Kostenüberprüfung bei der Kalkulation des Stadtfestes, die Optimierung von Arbeitsabläufen und die Überprüfung von Einsparmöglichkeiten durch Umstrukturierung und Digitalisierung im Verwaltungsbereich. Im Bereich Kultur und Tourismus sollten Angebote und Veranstaltungen vorübergehend überdacht werden. Die Unterstützung und Einbindung unserer Vereine hat stets Vorrang vor externen Anbietern.

Meine Damen und Herren, selbstkritisch müssen wir feststellen, dass wir aus der Finanzkrise und der daraus folgenden Haushaltskonsolidierung 2009 kaum Lehren, vor allem keine nachhaltigen, strukturellen Konsequenzen gezogen haben. Der damalige Wirtschaftsaufschwung wird sich so nicht mehr wiederholen, dafür sorgen allein schon die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise, der Fachkräftemangel und das stetig sinkende Bildungsniveau. Ein Umdenken muss aber schon aus ökologischen Gründen erfolgen, ein "weiter so" auf Kosten der nachfolgenden Generationen wäre ganz abgesehen davon auch unverantwortlich. Aber welche Schwerpunkte setzt die Verwaltung im vorliegenden Haushaltsentwurf?

Erstmals haben Sie, Herr Oberbürgermeister Tralmer, eingestanden, dass Albstadt nicht nur ein Ausgaben-, sondern auch ein Einnahmeproblem habe. Als Folge wurden, mit Zustimmung der Mehrheit des Gemeinderats, Gebühren und Steuern kräftig erhöht: höhere Beiträge für Kitas und Ganztagesbetreuung, Hundesteuer und zuletzt auch die Anhebung der Grundsteuer werden die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zukünftig stärker belasten. Gleichzeitig haben Sie betont, dass Sie nicht wünschen, dass über die Anpassung der Gewerbesteuer in diesem Gremium offen diskutiert wird. Das würden Sie lieber selbst bei passender Gelegenheit hinter verschlossenen Türen machen. An dieser Stelle und angesichts der bedrückenden Haushaltslage möchte ich

nochmals darauf hinweisen, dass uns durch diese Haltung nicht nur Einnahmen entgangen sind, die wir jetzt dringend bräuchten. Ganz bewusst haben Sie und die Mehrheit des Gremiums in Kauf genommen, dass Albstadt durch den niedrigen Hebesatz der Gewerbesteuer jahrelang auf Einnahmen aus dem Ausgleichsstock verzichtet hat.

Der vorliegende Haushalt enthält auch keinerlei strukturelle Konzepte, wie sie in der „Albstädter Investitionsstrategie“ vorgestellt wurden. Wir Freie Wähler fordern daher, dass Mut, Weitsicht und Investitionsbereitschaft gezeigt werden, damit beispielweise am Schulcampus in Ebingen oder beim Kita-Bau in Onstmettingen zukunftsfähige Weichenstellungen möglich sind. So sagte auch schon Albert Einstein: „Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.“

Meine Damen und Herren, es sind nicht nur wirtschaftliche Herausforderungen, die uns in diesen Krisenzeiten belasten. Die ökologischen und gesellschaftlichen Folgen unserer Lebensweise holen uns ein. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht den Klimawandel als große Bedrohung, viele reagieren aber empört, wenn sie beim Klimaschutz persönliche Einschränkungen oder Kosten tragen sollen.

Wenn Unsicherheit und Ohnmacht den Alltag beherrschen, eben der Ausnahmezustand zum Dauerzustand wird, entstehen Ängste, die schnell diejenigen aus den Startlöchern locken, die zwar keine ernstzunehmenden Lösungen, dafür aber einfache Antworten und Parolen bieten. So ist es beängstigend, wie schnell Menschen respektlos und sogar gewaltbereit sind, um eigene Forderungen und Interessen durchzusetzen.

Dass gerade in diesen Zeiten auf allen Ebenen im Bereich der Jugendförderung und -beteiligung gespart wird, sehen wir in diesem Zusammenhang als fatales Zeichen. Es reicht nicht aus, pressewirksam in Schulen aufzutauchen. Gerade jetzt wäre es wichtig, junge Menschen in demokratische Prozesse einzubinden und endlich in aufsuchende Jugendarbeit zu investieren. Junge Menschen sind durch die Krisen der letzten Jahre besonders belastet und brauchen mehr als ein Sicherheits- und Sauberkeitsprogramm für sogenannte „Problembürger“.

Wir sollten aber trotz allem optimistisch sein, dass in Zukunft nicht die Sorgen, sondern die Zuversicht das Ruder übernimmt und die Einsicht siegt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt, respektvoller Umgang und Solidarität dafür eine unverzichtbare Voraussetzung sind.

Das gilt auch gegenüber den Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sich hier integrieren und Teil dieser Gesellschaft werden möchten. Die wir übrigens auch dringend brauchen, denn die Bekämpfung des Fachkräftemangels wird eine der wesentlichen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Aufschwung bleiben.

Die vielen Menschen, die seit Tagen gegen Hetze und Diskriminierung demonstrieren, setzen ein ermutigendes Zeichen für Demokratie und Vielfalt.

Zum Schluss geht unser Dank an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung, die sich auch im vergangenen Jahr unter oft schwierigen Bedingungen für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben. Sie, Frau Wild, hatten als Kämmerin einen denkbar schwierigen Start. In der Klausurtagung haben Sie sich selbst als „Mutter der schlechten Zahlen“ bezeichnet. Die Aufgabe des Gemeinderats ist es jetzt, die politischen Konsequenzen aus diesem Zahlenwerk zu ziehen.

Wir Freie Wähler sehen im vorliegenden Haushaltsentwurf keinen Ansatz für eine zukunfts- und generationengerechte Weichenstellung. Die finanziellen Lasten bei Gebühren und Steuern sind nicht gerecht verteilt. Wir vermissen wegweisende und ausreichende Investitionen in wesentliche kommunale Pflichtaufgaben wie in Planung und Bau der Kita in Onstmettingen und des Schulcampus in Ebingen. Wir werden den Haushaltsentwurf 2024 daher mehrheitlich ablehnen.

Es gilt das gesprochene Wort.